

0101/2004/EG



EUROPEAN COMMISSION
SECRETARIAT-GENERAL

Directorate E

Relations with the European Parliament, the European Ombudsman, the European Economic and Social Committee and the Committee of the Regions

09 JUIN 2004

2004/9206

ARRIVEE

Brussels, 9 June 2004
SGE3/PhG/mbp/D 5090

Dear Mr DIAMANDOUROS,

Subject: complaint by [REDACTED]
ref. 101/2004/GG

Further to Mr O'SULLIVAN's letter dated 28 May 2004, please find enclosed the translation of the Commission's comments concerning the above-mentioned complaint.

Yours sincerely,

[REDACTED]
G. MASSANGIOLI
Director

Enclosure

Mr Nikiforos DIAMANDOUROS
European Ombudsman
1, avenue du Président Robert Schuman
B.P. 403
F-67001 STRASBOURG Cedex

Commission européenne, B-1049 Bruxelles / Europese Commissie, B-1049 Brussel - Belgium. Telephone: (32-2) 299 11 11
Office: BREY 9/80. Telephone: direct line (32-2) 295.07.46 Fax: (32-2) 296.59.57.

http://europa.eu.int/comm/secretariat_general

ÜBERSETZUNG**28.5.2004****Stellungnahme der Kommission zur Informationsanfrage des Europäischen Bürgerbeauftragten****- Beschwerde von Frau [REDACTED] Az. 101/2004/GG**

Die Beschwerde betrifft den Umgang der Kommission mit dem Antrag der Beschwerdeführerin auf Einleitung einer Verwaltungsuntersuchung, den sie in ihrem Schreiben vom 16.9.2002 stellt, sowie einen Antrag auf Zugang zu Dokumenten, die sich im Besitz der Kommission befinden. Nachstehend die Anmerkungen der Kommission zu beiden Forderungen:

I. Anmerkungen der Kommission zu den Vorwürfen und Behauptungen der Beschwerdeführerin in Bezug auf den Umgang der Kommission mit ihrem Antrag auf Einleitung einer Verwaltungsuntersuchung

ZUSAMMENFASSUNG DES SACHSTANDS

Mit Schreiben vom 16.9.2002 (registriert unter Nr. R/481/02, im vorliegenden Kontext jedoch unter D/538/02 geführt) beantragte die Beschwerdeführerin eine interne Untersuchung vermeintlicher Missstände im Strahlenschutz und bei Transporten von radioaktivem Material im Institut für Transurane (ITU) Karlsruhe. Sie fügte eine Liste von neun behaupteten Zwischenfällen bei, die im ITU zwischen 1992 und 1999 aufgetreten sein sollen.

Weiterhin behauptet sie eine überaus milde Behandlung der Anlage [REDACTED] Sellafield (und des UK) durch die Kommission „trotz zahlreicher Vorkommnisse und Vernachlässigung von Vorschriften im Bereich Kernmaterialbuchhaltung und Strahlenschutz, insbesondere unter Berücksichtigung der Tatsache, dass Herr [REDACTED] (Ex-DG ENV) nach seinem Weggang von der Kommission dort eine leitende Position erhalten hat und Herr [REDACTED] ehemals Beschäftigter bei [REDACTED] Sellafield in der [REDACTED] einige Zeit in der Kommission bei der DG XVII-Euratom-Inspektion für Sellafield zuständiger Referatsleiter, danach Referatsleiter bei der GD ENV Strahlenschutz) ([REDACTED] und immer noch ein gutes Verhältnis zu [REDACTED] Sellafield hat“ (Auszug).

Mit Schreiben vom 16.10.2002, das im Rahmen des genannten Antrags Nr. D/538/02 behandelt wird, bat die Beschwerdeführerin um Freistellung von ihren Verpflichtungen gemäß Artikel 17 und 19 des Beamtenstatuts in Bezug auf die vorstehend genannten Vorwürfe.

Hinsichtlich ihrer Vorwürfe im Schreiben vom 16.9.2002 erhielt sie am 6.11.2002 bei IDOC Gelegenheit, sich im Rahmen einer administrativen Überprüfung zu äußern, in der geklärt werden sollte, ob die Vorwürfe der Beschwerdeführerin schlüssig waren.

Alle Informationen (Schreiben vom 16.9.2002 und vom 16.10.2002) leitete IDOC mit Schreiben vom 18.11.2002 an das Europäische Amt für Betrugsbekämpfung weiter.

OLAF hörte die Beschwerdeführerin am 8.1.2003 gemäß Artikel 4 Absatz 2 der Verordnung Nr. 1073/99 an.

Mit Schreiben vom 13.2.2003 an die Generaldirektion Personal und Verwaltung (GD ADMIN) erklärte OLAF, es habe keine Untersuchung der Behauptungen der Beschwerdeführerin eröffnet, sondern die deutschen Behörden (das baden-württembergische Umweltministerium) über die behaupteten Unregelmäßigkeiten im ITU in Karlsruhe informiert.

Im Rahmen der Untersuchungen der deutschen Behörden wurde die Beschwerdeführerin am 5.3.2003 vom baden-württembergischen Umweltministerium gehört. Um an dieser Anhörung teilnehmen und alle der Anstellungsbehörde übermittelten Informationen sowie die bereits während der OLAF-Anhörung vorgelegten Informationen bestätigen zu können, beantragte und erhielt die Beschwerdeführerin die Genehmigung der Anstellungsbehörde gemäß Artikel 19 des Beamtenstatuts (Beschluss vom 28.2.2003). Eine Inspektion der deutschen Behörden im ITU Karlsruhe fand am 7.4.2003 statt.

Mit Vermerk vom 6.3.2003 teilte die Einstellungsbehörde der Beschwerdeführerin mit, sie werde über die Ergebnisse der Untersuchung seitens der deutschen Behörden und über alle diesbezüglichen administrativen Maßnahmen auf dem Laufenden gehalten.

Mit Schreiben vom 29.4.2003 übermittelte das baden-württembergische Umweltministerium dem Europäischen Amt für Betrugsbekämpfung den Abschlussbericht seiner Untersuchung.

Darin wird folgendes Fazit gezogen:

„Die Angaben von Frau [REDACTED] sind insgesamt glaubwürdig.. Die Dokumentation der betriebsinternen Kenntnisvermittlung im Gefahrgutrecht fehlt im untersuchten Zeitraum seit 1993, die Ausbildung der „Beauftragten Personen“ nach Gefahrgutrecht erfolgte teilweise verspätet, die Mitteilung von Dosiswerten an Fremdfirmen sowie die Benachrichtigung des Bundesausfuhramtes (BAFA) über Transportvorgänge erfolgte teilweise verspätet.

In keinem der 9 Fälle waren jedoch Fehlhandlungen durch mangelnde fachliche Kenntnisse oder durch eine unzureichende Ausbildung des Personals verursacht. Es konnte in keinem der genannten Fälle ein ahndungswürdiger Verstoß gegen das Strahlenschutzrecht oder das Gefahrgutrecht durch das ITU-Personal festgestellt werden.

Das Referat 77 des Ministeriums für Umwelt und Verkehr und das Staatl. Gewerbeaufsichtsamt Karlsruhe werden zukünftig bei der Routineaufsicht in verstärktem Maße auf die angesprochenen Schwachstellen im ITU zurückkommen.“

In zwei E-Mail-Mitteilungen an den Generaldirektor Personal und Verwaltung vom 14.7.2004 bzw. 18.7.2003:

1. behauptete die Beschwerdeführerin, keine endgültige Antwort auf ihr Schreiben vom 16.9.2002 erhalten zu haben;
2. beanstandete die Beschwerdeführerin die Ernennung von Herrn [REDACTED] (einer der zwei von ihren Vorwürfen betroffenen Personen) zum Direktor;
3. erklärte die Beschwerdeführerin, der Fall [REDACTED] sei den deutschen Behörden oder anderen nationalen Behörden nicht mitgeteilt worden.

Mit Vermerk vom 31.7.2003 antwortete die Anstellungsbehörde – unter anderem dahin gehend, dass hinsichtlich der vorstehend genannten Punkte und angesichts der Untersuchungsergebnisse der deutschen Behörden keine weiteren internen Maßnahmen in Bezug auf die Vorwürfe in ihren Schreiben vom 16.9.2002 und vom 16.10.2002 ergriffen würden.

Bezüglich der vorstehend genannten E-Mail-Mitteilungen der Beschwerdeführerin wies die Anstellungsbehörde in ihrem Vermerk vom 31.7.2003 darauf hin, dass sie aufgrund der Vorwürfe, die die Beschwerdeführerin selbst in ihrem Schreiben vom 16.9.2002 als „Verdachtsgründe“ und „indirekte Informationen“ bezeichnet hatte, keine Maßnahmen treffen könne.

Die Anstellungsbehörde informierte sie weiter darüber, dass in der Gemeinsamen Forschungsstelle eine umfassende interne Untersuchung stattfindet, was die Entschlossenheit der Kommission unter Beweis stelle, über die Einhaltung der Vorschriften in diesem Bereich zu wachen.

Mit weiteren Vermerken vom 29.7.2003 und vom 12.8.2003 sprach die Beschwerdeführerin folgende Punkte an:

1. Sie beanstandet (mit Vermerk vom 12.8.2003) die Entscheidung der Anstellungsbehörde in ihrem Vermerk vom 31.7.2003, nach dem Abschlussbericht der deutschen Behörden keine weiteren Maßnahmen zu ergreifen. Sie macht detaillierte technische Anmerkungen zum genannten Abschlussbericht des Umweltministeriums Baden—Württemberg.
2. Bezüglich des Falles von Herrn [REDACTED] und Herrn [REDACTED] weist sie darauf hin, dass sie über keine direkten Informationen verfügt, da sie nie mit Vertragsverletzungsverfahren befasst, nicht an der Artikel-35-Inspektion in Sellafield beteiligt und auch nicht mit dem Fall der falschen Qualitätsangaben der von [REDACTED] Sellafield für Japan gefertigten Brennstäbe befasst gewesen sei. Sie habe Informationen über die Situation von Dritten erhalten (Beamten und Bediensteten der betreffenden Dienststellen), und erklärt, eine angemessene Reaktion im Rahmen einer ordnungsgemäßen Verwaltung wäre die Durchführung von Audits in den entsprechenden Dienststellen.

In ihrem Vermerk vom 29.7.2003 bezieht sie sich insbesondere auf einen nicht ordnungsgemäßen Transport von Geel über Luxemburg in das VK im Jahre 1999.

Ihre Vermerke vom 29.7.2003 und vom 12.8.2003 wurden von ADMIN B.2 am 30.7.2003 unter der Nr. R/421/2003 bzw. am 14.8.2003 unter der Nr. R/484/2003 registriert.

Mit Vermerk vom 21.11.2003 antwortete Vizepräsident [REDACTED] auf die vorstehenden Schreiben in der nachstehenden Weise.

Da die Beschwerdeführerin mit Vermerk vom 28.2.2003 die stillschweigende Ablehnung ihrer Anträge/Beschwerden in den Vermerken vom 16.9.2002 und vom 16.10.2002 (R/481/02 und D/538/02) beanstandet, ist die Beschwerde Nr. R/421/03 unzulässig. Gemäß Artikel 90 Absatz 2 des Statuts kann eine Beschwerde gegen die stillschweigende oder begründete Ablehnung eines Antrags, nicht jedoch einer Beschwerde eingereicht werden. Gemäß Artikel 91 des Statuts kann der betreffende Beamte eine Klage beim Gericht Erster Instanz gegen die stillschweigende oder ausdrückliche Ablehnung einer Beschwerde einreichen. Er/sie kann keine zweite Beschwerde einreichen.

Außerdem merkt Vizepräsident [REDACTED] an, dass ihr Vermerk vom 28.2.2003 einen Antrag auf eine Verwaltungsuntersuchung betrifft. Eine Entscheidung zur Ablehnung eines solchen Antrags stellt keine Maßnahme dar, die die Beschwerdeführerin unmittelbar oder persönlich betrifft.

Mit Vermerk vom 12.8.2003 (R/484/03) beanstandete die Beschwerdeführerin die Entscheidung der Anstellungsbehörde vom 31.7.2003, nach dem Abschlussbericht der deutschen Behörde (Vermerk des Umweltministeriums Baden-Württemberg vom 29.4.2003) bezüglich ihrer Anträge/Beschwerden Nr. R/481/02 und D/538/02 keine weiteren Maßnahmen zu ergreifen. Wiederum in Bezug auf die Beschwerde R/484/03 wies Vizepräsident [REDACTED] darauf hin, dass eine solche Beschwerde unzulässig sei. Sie richtet sich gegen die Entscheidung der Anstellungsbehörde vom 31.7.2003, die die Situation der Beschwerdeführerin nicht persönlich und unmittelbar betrifft. Daher betont die Kommission noch einmal, dass die Beschwerdeführerin persönlich nicht betroffen ist.

Außerdem machte die Beschwerdeführerin detaillierte technische Anmerkungen zu dem genannten Abschlussbericht des Umweltministeriums Baden-Württemberg und beantragte weitere Verwaltungsmaßnahmen und Untersuchungen bezüglich des so genannten Falls, [REDACTED].

Hinsichtlich des von ihr genannten irregulären Transports von Material von Geel via Luxemburg in das VK im Jahre 1999 wies Vizepräsident [REDACTED] darauf hin, dass nach diesem Zwischenfall (einer unbeabsichtigten Versendung einer Probe, die eine Dosis Plutonium enthielt) eine interne Untersuchung eingeleitet wurde. Diese Untersuchung kam zu dem Schluss, dass seitens des IRMM (Institute for Reference Materials and Measurements) unmittelbar Maßnahmen zur Verbesserung der Betriebsanweisungen und Verfahren ergriffen wurden, um ähnliche Zwischenfälle oder Unregelmäßigkeiten künftig zu verhindern.

Hinsichtlich ihrer Vorwürfe in Bezug auf Herrn [REDACTED] und Herrn [REDACTED] bestätigte die Beschwerdeführerin, dass sie keine direkten Informationen hat, *da sie nie mit Vertragsverletzungsverfahren befasst, nicht an der Art.-35-Inspektion in Sellafield beteiligt und auch nicht mit dem Fall der falschen Qualitätsangaben der von [REDACTED] Sellafield für Japan hergestellten Brennstäbe befasst war.* Weiter wies sie darauf hin, dass sie von dem behaupteten Verhalten von Dritten (Beamten, sonstigen Bediensteten der betreffenden Dienststellen) erfahren habe, und sie erklärte, eine angemessene Reaktion im Rahmen einer ordnungsgemäßen Verwaltung wäre die Durchführung von Audits in den entsprechenden Dienststellen.

Hinsichtlich der letztgenannten Vorwürfe informierte Vizepräsident [REDACTED] die Beschwerdeführerin, ihre vorstehend genannten Beschwerden seien IDOC, OLAF und GFS zugeleitet worden. Mit Vermerk vom 22.9.2003 teilte OLAF den Eingang und die Kenntnisnahme der Beschwerden Nr. R/421/03 und R/484/03 mit. OLAF erklärte weiter, keine der vorstehend genannten Beschwerden enthalte Vorwürfe, die es zur Wiederöffnung des ursprünglichen Dossiers OF/2002/0549 oder zur Eröffnung einer neuen Untersuchung veranlassen könnten. Es gab weiter an, dass die auf Initiative von OLAF durchgeführte Überprüfung des GFS-ITU Karlsruhe durch das „Ministerium für Umwelt und Verkehr Baden-Württemberg“ keine Tatsachen ans Licht gebracht habe, die weitere Maßnahmen seitens OLAF rechtfertigen würden. Die Beschwerden ergäben diesbezüglich keine neuen Tatsachen. Weiterhin erklärte OLAF, es habe keinerlei Kenntnis von der Angelegenheit, die die Beschwerdeführerin als „Fall [REDACTED]“ bezeichnet. OLAF führt keine Bewertung oder Untersuchung von

Vorwürfen in diesem Zusammenhang durch. Bezüglich der Vorwürfe [REDACTED] kontaktierte IDOC am 21.11.2003 und am 28.1.2004 erneut OLAF, und angesichts des Fehlens jeglicher Indizien für einen möglichen Verstoß gegen Vorschriften wurde keine Verwaltungsuntersuchung eingeleitet.

In diesem Zusammenhang verweist Vizepräsident [REDACTED] auf die Entscheidung der Anstellungsbehörde vom 31.7.2003 und bestätigte mit Blick auf die Schlussfolgerungen der deutschen Behörden die Entscheidung, jegliche weitere Maßnahme aufgrund solcher Schlussfolgerungen sei unangemessen.

Weiter bestätigte er, dass die Dienststelle Internes Audit der GFS jüngst eine Überprüfung zum Strahlenschutz im ITU durchgeführt habe. Die Arbeiten vor Ort begannen im Oktober 2003. Auch wenn diese Überprüfung nicht ausdrücklich als Antwort auf die genannten Beschwerden der Beschwerdeführerin vorgenommen wurde, so würden doch die von ihr aufgeworfenen Fragen im Rahmen dieser Überprüfung untersucht und sie würde über die Ergebnisse informiert werden.

DIE BESCHWERDEFÜHRERIN

In ihren Vermerken vom 26.1.2004 und vom 20.2.2004 an den Bürgerbeauftragten äußert die Beschwerdeführerin folgende Vorwürfe und Behauptungen in Bezug auf die Bearbeitung ihrer vorstehend genannten Anträge und Beschwerden:

1. Verweigerung der ordnungsgemäßen Untersuchung und Weiterverfolgung der in ihrem Schreiben vom 16.9.2002 aufgelisteten Missstände im ITU der GFS, sowie bezüglich der Verstöße gegen das deutsche Atomgesetz und die Strahlenschutzverordnung beim Umgang mit Kernbrennstoff sowie gegen damit zusammenhängende Bestimmungen.
2. Unwilligkeit und Unfähigkeit der Kommission, in ihren eigenen Dienststellen die Einhaltung von Vorschriften durchzusetzen.
3. Inkompetenz bei der Durchführung interner Untersuchungen, Audits und Qualitätssicherungsmaßnahmen im Nuklearbereich.
4. Begünstigung und Förderung von Managern, die Vorschriften nicht einhalten.
5. Sie äußert den Verdacht, die GD ADMIN habe ihre Beschwerden nur teilweise an IDOC oder/und weiter an OLAF übermittelt.
6. Einschüchterungsversuche und persönliche Schikane von Seiten der GD ADMIN.

ENTGEGNUNGEN AUF DIE ARGUMENTE DER BESCHWERDEFÜHRERIN

Die Kommission möchte den Bürgerbeauftragten zunächst auf die Verfahrensunterschiede zwischen dem „Whistleblowing“-Verfahren einerseits und Beschwerden und Anträgen von Beamten nach Artikel 90 Absatz 1 und Absatz 2 andererseits hinweisen. Letztere unterliegen Fristen, nach deren Ablauf die Beamten entscheiden können, ob sie eine Angelegenheit mittels Beschwerden oder gerichtlicher Schritte gemäß Artikel 90 und 91 des Statuts weiter verfolgen möchten. Diese Fristen gelten nicht für das „Whistleblowing“-Verfahren.

Gemäß Artikel 2 des „Whistleblowing“-Beschlusses der Kommission vom 4.4.2002 muss ein Beamter, der dem Bürgerbeauftragten oder dem Europäischen Parlament

Tatsachen zur Kenntnis bringen möchte, in deren Besitz er aufgrund seiner dienstlichen Tätigkeit gekommen ist, zunächst die Kommission unterrichten, um dieser ausreichend Zeit für angemessene Maßnahmen in Bezug auf die behaupteten Tatsachen einzuräumen.

Das „Whistleblowing“-Verfahren definiert das Konzept „ausreichend Zeit“ nicht, da dies von der Komplexität der behaupteten Tatsachen abhängt und damit von Fall zu Fall unterschiedlich sein kann.

Bezüglich der Nummern 1) bis 4) der Vorwürfe der Beschwerdeführerin¹ möchte die Kommission zwei Aspekte unterscheiden:

- a) Der erste Aspekt betrifft die Vorwürfe, die sie vor ihrem Vermerk vom 12.8.2003 über bestimmte Unregelmäßigkeiten im ITU in Karlsruhe vorgebracht hat. Bezüglich der Schlussfolgerungen der deutschen Behörden (Vermerk des Umweltministeriums vom 29.4.2003) ist die Kommission der Ansicht, dass weitere Maßnahmen nicht angezeigt sind. Die Dienststelle Internes Audit der GFS hat ebenfalls eine Überprüfung des Strahlenschutzes im ITU durchgeführt. Auch wenn sich diese Überprüfung nicht ausdrücklich auf ihre Beschwerden bezog, so wurden doch die darin angesprochenen Fragen im Rahmen der Untersuchung geprüft. Eine Kopie des Abschlussberichts des genannten Strahlenschutzaudits im ITU ist beigelegt.
- b) Der zweite Aspekt betrifft die indirekten Vorwürfe, die die Beschwerdeführerin in allgemeiner Weise in ihrem Vermerk vom 12.8.2003 in Bezug auf Herrn [REDACTED] und Herrn [REDACTED] äußert. Obwohl sie bestätigt, dass sie keine Beweise hat, fügt sie in sehr allgemeinen und indirekten Worten Vorwürfe hinsichtlich Vertragsverletzungen und unsachgemäßer Qualitätsinformationen über [REDACTED] Material für Japan hinzu und bezieht sich auf eine Inspektion nach Artikel 35, für die sie eine Überprüfung beantragt. Zu diesem Punkt wurde bereits gesagt, dass die Vermerke der Beschwerdeführerin vom 29.7.2003 und vom 12.8.2003 an IDOC, OLAF und GFS weitergeleitet wurden. OLAF erklärte, es habe keinerlei Kenntnis von der Angelegenheit, die die Beschwerdeführerin als „Fall [REDACTED]“ bezeichnet. OLAF führt keine Bewertung oder Untersuchung von Vorwürfen in diesem Zusammenhang durch.

Bezüglich der Vorwürfe unter Nummer 5) möchte die Kommission darauf hinweisen, dass beide Schreiben der Beschwerdeführerin (vom 16.9.2002 und vom 16.10.2002) von der GD ADMIN an IDOC (Vermerk vom 28.10.2002) und von IDOC an OLAF (Vermerk vom 18.11.2002) übermittelt wurden.

Bezüglich der Vorwürfe unter Nr. 6) möchte die Kommission darauf hinweisen, dass sie nie versucht hat, die Beschwerdeführerin zu schikanieren oder einzuschüchtern, wie diese behauptet. Aus den vorstehenden Tatsachendarstellungen ergibt sich keinerlei Hinweis, der diesen Vorwurf untermauern würde. Vielmehr stehen diese Vorwürfe im Widerspruch zu den vorstehend dargelegten Tatsachen. Statt zu versuchen, sie zum Schweigen zu bringen, unterstützte die Kommission vielmehr die Beschwerdeführerin bei der Verfolgung ihres Anliegens bezüglich möglicher Unregelmäßigkeiten, indem sie

¹ Unter Berücksichtigung der Schreiben der Beschwerdeführerin vom 16.9.2002, 16.10.2002, ihrer E-Mail-Mitteilungen vom 14.7.2003 und vom 18.7.2003 sowie ihrer Schreiben vom 29.7.2003 und vom 12.8.2003.

ihr am 28.2.2003 die Genehmigung erteilte, an der Anhörung des Ministeriums am 5.3.2003 teilzunehmen. Die Anhörung im Ministerium war ein unmittelbares Ergebnis der Angaben, die die Beschwerdeführerin am 6.11.2002 gegenüber der IDOC gemacht hatte, sowie der anschließenden Befassung von OLAF mit den Vorwürfen am 18.11.2002 und der Übermittlung der Dokumente an die zuständigen nationalen Behörden durch OLAF. Die Kommission möchte weiter darauf hinweisen, dass die Beschwerdeführerin selbst mit der Vorgehensweise von IDOC und OLAF einverstanden schien; sie erklärte in ihrer Beschwerde vom 29.7.2003: „Dies ist ausdrücklich nicht als Kritik an OLAF bzw. IDOC zu verstehen, die mit der Materie keinerlei Erfahrung hatten und sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten bemüht haben.“ [*“This should not be understood as a criticism towards OLAF or IDOC that did not have experience on this matter and made their best within the limits of their possibilities”*].

SCHLUSSFOLGERUNGEN

- 1) Die Kommission ist der Ansicht, alle geeigneten Maßnahmen in Bezug auf die Vorwürfe der Beschwerdeführerin ergriffen zu haben, und zwar durch:
 - Erteilung der entsprechenden Genehmigungen gemäß Artikel 17 und 19 des Statuts;
 - Unterstützung der Beschwerdeführerin bei der Verfolgung ihrer Anliegen bezüglich möglicher Unregelmäßigkeiten bei IDOC und den deutschen Behörden;
 - Information von OLAF.
- 2) Aus den vorstehenden Gründen hält die Kommission die Vorwürfe und Behauptungen der Beschwerdeführerin bezüglich der Handhabung ihres Antrags auf Einleitung einer Verwaltungsuntersuchung für völlig unbegründet.

II. Anmerkung der Kommission zu den Vorwürfen und Behauptungen der Beschwerdeführerin bezüglich ihrer Anträge auf Zugang zu Dokumenten, also zur Anwendung der Verordnung 1049/2001

ZUSAMMENFASSUNG DES SACHSTANDS

Am 16.10.2003 sandte die Beschwerdeführerin dem Generalsekretariat per E-Mail einen Zweitantrag auf Zugang zu einer großen Zahl Dokumente unterschiedlicher Art von GD ADMIN, OLAF und GFS. In dieser elektronischen Mitteilung erklärte die Beschwerdeführerin, bereits am 20.9.2003 einen Erstantrag übermittelt zu haben. Da ein Erstantrag der Beschwerdeführerin vom 20.9.2003 nie bei der Kommission eingegangen war, wurde ihr Antrag am 22.10.2003 nicht als Zweitantrag, sondern als Erstantrag registriert und den drei betroffenen Dienststellen – GD ADMIN, GFS und OLAF – zugewiesen. Am selben Tag wurde der Beschwerdeführerin per E-Mail eine Empfangsbestätigung übermittelt.

Am 16.11.2003 übermittelte die Beschwerdeführerin per E-Mail einen Zweitantrag, da sie auf den genannten Erstantrag innerhalb der vorgesehenen Frist keine Antwort der Kommission erhalten hatte. Dieser Zweitantrag wurde am 19.11.2003 registriert.

In der Zwischenzeit antwortete GD ADMIN auf den Erstantrag am 13.11.2003, OLAF am 17.11.2003 und GFS am 20.11.2003.

Am 1.12.2003 sandte die Beschwerdeführerin dem Generalsekretariat per E-Mail einen weiteren Antrag ("Drittantrag") bezüglich der Dokumente, zu denen die GD ADMIN den Zugang verweigert hatte.

Am 3.12.2003 übermittelte die Beschwerdeführerin per E-Mail einen „Nachtrag zum Drittantrag“ bezüglich der Dokumente, über die die GFS verfügt.

Um die Situation klarer darzustellen und weitere Verwirrung bezüglich der verschiedenen Anträge der Beschwerdeführerin zu vermeiden, sandte das Generalsekretariat ihr am 10.12.2003 ein erläuterndes Schreiben. Zunächst wurde bestätigt, dass, auch wenn die Antwortfristen nicht eingehalten wurden, die Beschwerdeführerin doch in der Zwischenzeit Antworten von den drei betroffenen Dienststellen erhalten hatte, und dass der Zweitantrag vom 16.11.2003 daher gegenstandslos geworden war, da sein Grund das Fehlen einer Antwort war. Zweitens wurde sie darüber informiert, dass ihre E-Mail-Mitteilungen vom 1.12.2003 und 3.12.2003 am 3.12.2003 als Zweitanträge bezüglich der Dokumente registriert wurden, zu denen GD ADMIN bzw. GFS den Zugang verweigert hatten.

Am 17.12.2003 sandte die Beschwerdeführerin dem Generalsekretariat eine weitere E-Mail-Mitteilung, in der sie die Verfahrensschritte zur Bearbeitung ihres Antrags in Frage stellte.

Das Generalsekretariat antwortete am 19.12.2003 per E-Mail und versuchte erneut, die Situation zu klären, außerdem verlängerte es die Antwortfrist in Übereinstimmung mit Artikel 8 Absatz 2 der Verordnung 1049/2001 um weitere 15 Arbeitstage.

Am 27.1.2004 antwortete das Generalsekretariat auf den Zweitantrag bezüglich der Dokumente der GD ADMIN und erläuterte, dass der große Umfang der beantragten GFS-Dokumente es unmöglich mache, zu diesen Dokumenten innerhalb der Frist zu antworten.

Am 19.2.2004 antwortete das Generalsekretariat auf den Zweitantrag bezüglich der Dokumente der GFS.

DIE BESCHWERDE

Am 2.1.2004 reichte die Beschwerdeführerin beim Europäischen Bürgerbeauftragten eine Beschwerde ein, mit folgenden Vorwürfen und Behauptungen bezüglich der Bearbeitung ihres Antrags auf Zugang zu Dokumenten gemäß Verordnung 1049/2001:

- 1) Der Erstantrag vom 16.10.2003 wurde nicht innerhalb der Frist beantwortet.
- 2) Die Tatsache, dass die Kommission den Zweitantrag vom 16.11.2003 für gegenstandslos erklärte, stelle „Rechtsbeugung, Rechtsverweigerung und Machtmissbrauch“ dar.
- 3) Die Beschwerdeführerin beanstandet, dass ihr das Recht auf Zugang zu Dokumenten gemäß Verordnung 1049/2001 verweigert wurde. Sie beanstandet die Bewertungen der GD ADMIN und der GFS in der Anfangsphase. Sie erklärt, es könne nur einen Grund für die Verweigerung des Zugangs zu den beantragten Dokumenten geben, nämlich den, dass aus diesen Dokumenten hervorgehe, dass kein Transport von nichtradioaktivem Material in die USA stattgefunden hat, sondern ein illegaler Transport von radioaktivem Material, und dass die Kommission dies vertuschen wolle.

- 4) Die Beschwerdeführerin fordert, dass die von ihr angeforderten Dokumente ihr zugesandt werden bzw. dass sie informiert wird, sollten einige der Dokumente nicht existieren.

Am 26.3.2004 reichte die Beschwerdeführerin beim Europäischen Bürgerbeauftragten eine weitere Beschwerde ein, mit folgenden Vorwürfen und Behauptungen bezüglich der Bearbeitung ihres Antrags auf Zugang zu Dokumenten:

- 5) Der Zugang zu einigen der angeforderten Dokumente werde weiter verweigert.
- 6) Es sei kaum glaubhaft, dass einige der angeforderten Dokumente nicht existieren.
- 7) Die Tatsache, dass eine Intervention des Europäischen Bürgerbeauftragten und des Europäischen Parlaments erforderlich sei, um das Generalsekretariat der Kommission zu einer einigermaßen konstruktiven Haltung zu veranlassen, sei bedauerlich und sei ein Zeichen für Schwachstellen in den internen Verfahren der Kommission.

ENTGEGNUNGEN AUF DIE ARGUMENTE DER BESCHWERDEFÜHRERIN

Hinsichtlich des ersten Vorwurfs ist anzumerken, dass die Frist für die Beantwortung des Erstantrags der Beschwerdeführerin am 12.11.2003 ablief. GD ADMIN antwortete am 13.11.2003, OLAF am 17.11.2003 und GFS am 20.11.2003. Somit ist es zutreffend, dass die Antworten auf den Erstantrag der Beschwerdeführer nicht innerhalb der vorgeschriebenen Frist von 15 Arbeitstagen übermittelt wurden. Aus formaler Sicht ist klar, dass die Dienststellen vor Ablauf der Frist gemäß Artikel 7 Absatz 3 der Verordnung 1049/2001 eine Fristverlängerung um weitere 15 Arbeitstage hätten vornehmen müssen. Es wäre gerechtfertigt gewesen, dies unter Hinweis auf die sehr große Zahl angeforderter Dokumente bzw. auf die sehr große Reichweite der Anträge und die Komplexität der Forderungen zu tun, da zu beurteilen war, inwieweit die Offenlegung der Dokumente einer Dienststelle die Untersuchungen durch die anderen beeinträchtigen konnten. Die Dienststellen nahmen jedoch keine Fristverlängerung vor. Stattdessen bemühten sie sich, so schnell wie möglich zu reagieren, ohne eine inhaltliche Antwort. In dem oben genannten Erläuterungsschreiben vom 10.12.2003 und der E-Mail-Mitteilung vom 19.12.2003 hatte das Generalsekretariat im Namen der Kommission sein Bedauern geäußert, dass die drei Dienststellen die erste Frist nicht einhalten konnten.

Hinsichtlich des zweiten Vorwurfs reichte die Beschwerdeführerin am 16.11.2003 einen Zweitantrag ein. Der einzige Grund für diesen Zweitantrag war das Fehlen einer Antwort auf ihren Erstantrag. Dieser Zweitantrag stellte lediglich eine Wiederholung ihres Erstantrags dar. Hätte die Kommission diesen Zweitantrag nicht angesichts der Tatsache, dass die Antworten auf den Erstantrag in der Zwischenzeit übermittelt wurden, für gegenstandslos erklärt, so wäre die Beschwerdeführerin um ihr Recht gebracht worden, ihren Zweitantrag anhand der Argumente in den Antworten auf ihren Erstantrag zu begründen, das heißt, sie wäre nicht in der Lage gewesen, darzulegen, wieso sie mit der ursprünglichen Bewertung nicht einverstanden war. Wären die Antworten auf ihren Erstantrag rechtzeitig übermittelt worden, so hätte sie nicht nur ihren Erstantrag wiederholt, was auch die Tatsache belegt, dass sie ihre Argumentation in den beiden E-Mail-Mitteilungen vom 1.12.2003 und vom 3.12.2003 weiter ausführt, die als Zweitanträge registriert wurden. Unter diesen Umständen kam die Kommission zu dem Schluss, dass der aufgrund des Fehlens einer Antwort eingereichte Zweitantrag gegenstandslos sei, da eine Überschneidung mit den geringfügig nach Ablauf der Frist übermittelten Antworten aufgetreten sei, und dass vielmehr die E-Mail-Mitteilungen vom 1.12.2003 und vom 3.12.2003 als die eigentlichen Zweitanträge zu behandeln seien. Mit

anderen Worten: Der Beschwerdeführerin wurde nie das Recht streitig gemacht, einen Zweitantrag einzureichen.

Hinsichtlich der Vorwürfe unter den vorstehenden Nummern 3 bis 7 ist Folgendes klarzustellen:

- Die Verordnung 1049/2001 und der Beschluss 2001/937 der Kommission (detaillierte Durchführungsbestimmungen für die Verordnung) geben klar vor, wie Anträge auf Zugang zu Dokumenten von der Kommission zu behandeln sind und welche Rechtsmittel zur Verfügung stehen, wenn der Antragsteller mit der Entscheidung des Organs bezüglich des Erstantrags bzw. in der Phase des internen Einspruchs nicht einverstanden ist. Im vorliegenden Fall sind die Bedingungen für eine Beschwerde gegen eine Entscheidung der Kommission gemäß Artikel 8 Absatz 3 der Verordnung 1049/2001 nicht erfüllt, da die Beschwerdeführerin ihre Beschwerde am 2.1.2004 einreichte (Registrierung am 9.1.2004), während die Frist für die Beantwortung der Zweitanträge durch die Kommission am 26.1.2004 ablief. Daher wird die Kommission nicht auf die Vorwürfe der Beschwerdeführerin bezüglich der ursprünglichen Bewertungen seitens GFS und GD ADMIN eingehen, sondern bezieht sich auf die Antworten des Generalsekretariats im Namen der Kommission vom 27.1.2004 und vom 19.2.2004 nach den zwei am 3.12.2003 registrierten Zweitanträgen, in denen die Kommission diese komplexen Anträge endlich erschöpfend behandeln konnte. Daraus ergibt sich deutlich, dass der Vorwurf unter Nr. 7 nicht nur unbegründet, sondern auch verunglimpfend ist.
- Allgemein gilt der Grundsatz, dass der Bürger Anspruch auf Zugang zu allen Dokumenten der Kommission hat. Die Ausnahmen von dieser allgemeinen Regel sind in Artikel 4 der Verordnung 1049/2001 aufgeführt. Sofern diese Ausnahmen anwendbar sind, ist die Kommission verpflichtet, die betreffenden Dokumente nicht offenzulegen. Somit ist das Recht auf Zugang kein absolutes Recht. Die vorstehend genannten Antworten vom 27.1.2004 und vom 19.2.2004 legen deutlich dar, warum der Zugang nicht zu allen angeforderten Dokumenten gewährt wurde. Daher sind die Vorwürfe der Beschwerdeführerin unter Nummer 3 völlig unbegründet.
- Das Recht auf Zugang zu Dokumenten ist ein Recht auf Zugang zu existierenden und identifizierbaren Dokumenten im Besitz der Kommission. Im vorliegenden Fall kann die Kommission nur bekräftigen, dass ihr Personal viel Zeit in die Identifizierung von Dokumenten investiert hat, die zu den einzelnen Anträgen der Beschwerdeführerin passen, wobei sie gleichzeitig beurteilen mussten, ob diese Dokumente offengelegt werden durften, weiterhin mussten alle Dokumente, zu denen der Zugang gewährt werden konnte, fotokopiert werden.
- Außerdem muss ein Dokument, das gemäß Verordnung 1049/2001 offen gelegt wird, auf Antrag jedermann zugänglich gemacht werden. So gibt die Verordnung 1049/2001 entgegen der Annahme der Beschwerdeführerin dieser kein ausschließliches Zugangsrecht zu "ihren" Unterlagen oder zu beliebigen Dokumenten, damit sie ihre eigenen Untersuchungen durchführen kann. Selbstverständlich hindert dies nicht daran, eigene Nachforschungen mit Hilfe der Dokumente anzustellen, zu denen ihr gemäß dieser Verordnung der Zugang gewährt wird.

SCHLUSSFOLGERUNGEN

- 1) Angesichts der sehr großen Zahl angeforderter Dokumente, des sehr großen Umfangs der Anträge und der Komplexität der Anträge sowie der Tatsache, dass trotz dieser Umstände die Antworten lediglich geringfügig nach Fristablauf übermittelt wurden, ohne dass die Dienststellen bei der Antwort auf den Erstantrag eine Fristverlängerung in Anspruch nahmen, ist die Kommission der Ansicht, dass die Rechte der Beschwerdeführerin de facto eingehalten wurden.
- 2) Aus den vorstehenden Gründen hält die Kommission den Vorwurf „Rechtsbeugung, Rechtsverweigerung und Machtmissbrauch“ hinsichtlich der Tatsache, dass der Zweitantrag vom 16.11.2003 für gegenstandslos erklärt wurde, für völlig unbegründet.
- 3) In gleicher Weise betrachtet die Kommission die Vorwürfe und Behauptungen unter Nummer 3) und 4) für unzulässig, da die Beschwerdeführerin ihre Beschwerde vor dem Ablauf der Frist für die Beantwortung der Zweitanträge und vor der Zusendung der genannten Antworten auf ihre Zweitanträge einreichte und damit der Kommission die Möglichkeit nahm, intern die Bewertung in der ersten Phase zu überprüfen. Aus demselben Grund ist auch der Vorwurf unter Nummer 7) völlig unbegründet.
- 4) Schließlich sind auch, wie vorstehend bereits dargelegt, die Vorwürfe unter 5) und 6) offensichtlich unbegründet.

Anlagen